

II-260 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X. Gesetzgebungsperiode

19. 2. 1964

84/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M a h n e r t , Dr. K a n d u t s c h und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Novellierung des Einkommensteuergesetzes im Hinblick auf das  
Studienbeihilfengesetz.

-.-.-.-

Im Bericht des Unterrichtsausschusses (231 der Beilagen zu den  
stenographischen Protokollen des Nationalrates, X.G.P.) über die Regie-  
rungsvorlage "Bundesgesetz über die Gewährung von Studienbeihilfen an  
Hochschüler (Studienbeihilfengesetz)" wurde vom Ausschuß festgestellt, daß  
es erforderlich erscheint, unter anderem den Verlust der steuerlichen Kin-  
derermäßigung im Falle der Gewährung von Studienbeihilfen zu vermeiden. In  
letzter Zeit sind bei einzelnen Finanzämtern Fälle vorgekommen, bei denen  
den Familienerhaltern auf Grund des in Geltung stehenden Einkommensteuerges-  
etzes und im Zusammenhang mit den durch das Studienbeihilfengesetz an Fa-  
milienangehörige ausgeschütteten Beträgen die steuerliche Kinderermäßigung  
gestrichen wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Finanzminister  
die

A n f r a g e :

1. Sind Sie bereit, dem Nationalrat ehestens den Entwurf einer No-  
velle zum Einkommensteuergesetz vorzulegen, der zum Inhalt hat, daß auf  
Grund des Studienbeihilfengesetzes ausgezahlte Beträge nicht dazu führen,  
daß Eltern von Studenten dadurch benachteiligt werden, daß sie die  
steuerliche Kinderermäßigung verlieren?

2. Sind Sie bereit, die Finanzämter anzuweisen, bis zum Inkrafttre-  
ten dieser Novelle zur Vermeidung von sozialen Härten bei der Steuerbemes-  
sung die auf Grund des Studienbeihilfengesetzes ausbezahlten Beträge nicht  
zu berücksichtigen?

-.-.-.-